

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen
Forschung
Band: - (1998)
Heft: 37

Artikel: Der Traum von der Online-Demokratie
Autor: Giusseni, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-967738>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

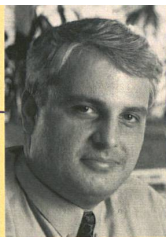
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bruno Giussani (bg@giussani.com),
Journalist, Spezialist für
Medienfragen, Internet-Kolumnist
der «New York Times»



Der Traum von der Online- Demokratie

Als Antwort auf die Krise der parlamentarischen Demokratie in den westlichen Ländern preisen gewisse Kreise bereits seit einigen Jahren das Aufblühen einer neuen, durch das Internet belebten politischen Ordnung, die auf mehr Gerechtigkeit und Gleichheit abzielt. In einer elektronischen Republik, einer Art computergestützter Demokratie, könnten die besser informierten Bürger direkt mit ihren gewählten Vertretern per E-Mail Kontakt aufnehmen und mit Tastendruck ihre Stimme abgeben, so die Vorstellung.

Ob solcher Perspektiven sträuben sich anderen die Haare. Die neuen Technologien, behaupten diese, führten zwangsläufig in eine zweigeteilte Gesellschaft, in welcher diejenigen, die über moderne Kommunikationsinstrumente verfügen, jene, die diesen Zugang nicht haben, immer mehr dominieren würden.

Beide Seiten bedienen sich Klischees. Tatsächlich ist praktisch alles, was man zur Rolle des Internets in der Politik zu hören bekommt, übertrieben, falsch oder unerheblich. Die Rivalität der Übertreibungen stachelt Medien und Politiker an, nebensächliche Ereignisse zu bedeutenden demokratischen Fortschritten hochzustilisieren.

Boris Jelzin und Flavio Cotti führen nun «Dialoge» mit den Internet-Benutzern. Im Frühling dieses Jahres ist die Frage aufgeworfen worden, die eine oder andere Form einer Abstimmung über Internet einzuführen. Ein Nationalrat hat dies offiziell verlangt. Eine Kommission hat zudem diskutiert über die Verbreitung der Fernsehaufnahmen von

Parlamentsdebatten auf dem Web. Gleichzeitig ist es mir aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nach wie vor unmöglich, meinem Vertreter im Parlament per E-Mail einen Vorschlag zu unterbreiten oder an diesen eine Anfrage zu richten!

Einem gewichtigen Umstand wird eindeutig zu wenig Beachtung geschenkt: Wir benützen heute das Internet für das gleiche, wofür wir von jeher andere Medien verwendet haben. Der einzige Unterschied besteht darin, dass das Internet manchmal schneller und präziser ist. Viele Regierungen und Parteien präsentieren auf dem Internet Dokumente, wie sie sie schon immer auf Papier veröffentlichten.

Aber nur ganz wenige versuchen weiterzugehen und in einen aktiven Dialog mit den Staatsbürgern zu treten. Eine australische Provinzregierung beispielsweise nimmt per E-Mail Anfragen entgegen, welche die Minister dann im Parlament während der Fragestunde öffentlich beantworten. Und der englische Minister David Clark hat im letzten Winter, vor der Abfassung eines neuen Gesetzestextes, eine breit angelegte elektronische Vernehmlassung durchgeführt.

Es ist bestimmt richtig, dass das Internet eingesetzt werden kann, um neue Formen der Interessenvertretung zu fördern und um die demokratischen Abläufe zu verbessern. Doch wir müssen uns vergegenwärtigen, dass unsere ersten Vorstellungen von der Benützung dieser neuen Technologie lachhaft sind. Die elektronische Stimmabgabe ist lediglich ein technischer Aspekt in einer Demokratie; sie würde nicht im geringsten eine Revolution darstellen.

B.G.